

Newsletter März 2022

Manchmal gibt es Wichtigeres als Landespolitik

Die Februar-Tagung des Landtages war keine wie jede andere. Nach einer normalen, wenn auch von persönlichen Angriffen der CDU auf den SPD-Spitzenkandidaten Thomas Losse-Müller überschatteten Sitzung am Mittwoch, 23. Februar, holte uns in der Nacht darauf die Nachricht ein, dass Russland seinen Nachbarn, die Ukraine, angegriffen hatte.

Die Fraktionen waren sich einig, dass man die Tagesordnung nicht wie geplant abhandeln konnte, und verkürzten die Tagesordnung. Am Donnerstag, 24. März, stand der Krieg in Osteuropa als einziges Thema zur Diskussion. Wie nicht anders zu erwarten, forderten das Parlament und alle Fraktionen ein sofortiges Ende der Kämpfe und den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine.

Zu den bundes- und bündnispolitischen Konsequenzen gab Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar eine Regierungserklärung ab.

Landtagsrede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Serpil Midyatli vom 24.02.2022

Wir stehen fest an der Seite des ukrainischen Staates und der Bevölkerung in der Ukraine!

http://www.ltsh.de/pressticker/2022-02/24/12-41-47-3ace/PI-Yhdu_zrO-spd.pdf

Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz vom 27.02.2022

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>

Corona und doch ein Ende?

Nach wie vor infizieren sich täglich weitere Menschen mit Covid-19. Dennoch ist angesichts der steigenden, wenn auch nicht ausreichenden Impfquote und der sinkenden Hospitalisierung eine weitgehende Lockerung der Einschränkungen unseres Lebens in Reichweite. Ob sie von Dauer ist oder ob es im Laufe dieses Jahres erneute Kontaktbeschränkungen geben wird, kann niemand mit Sicherheit voraussagen.

Der Ministerpräsident gab zu dem Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz eine Regierungserklärung ab, bei der er uns nichts Neues erzählte, sich aber in Szene setzen konnte. Wir hatten gemeinsam mit dem SSW mit einem Antrag die

Regierung zu einem Bericht über die Schüler*innen aufgefordert, die in Quarantäne mussten, während ihre Klassen im Präsenzunterricht waren, und dabei auch die in Quarantäne geschickten, aber arbeitsfähigen Lehrkräfte zu berücksichtigen.

In der Aussprache setzte sich Martin Habersaat mit einem unsensiblen Tweet von Ministerin Karin Prien (CDU) auseinander, nahm sie aber vor überzogenen und zum Teil menschenverachtenden Reaktionen darauf in Schutz.

Martin Habersaat führte weiter aus, dass die Eltern in der Frage der Beschränkungsmaßnahmen an den Schulen völlig zerstritten seien. Die Inzidenzwerte sinken keineswegs flächendeckend. Die SPD fordert deshalb mehr Entscheidungskompetenzen für die Schulen selbst, die am besten wissen, ob allgemeiner Präsenzunterricht oder Hybrid- oder allgemeiner Distanzunterricht angebracht ist. Am 16. Februar eine Handreichung zum Videounterricht vorzulegen, ist viel zu spät, und die Regelungen sind kompliziert und praxisfern: *„Die Teilhabe kann in Einzelfällen durch die Übertragung von Unterrichtseinheiten per Videokonferenz ermöglicht werden.“*

- Aber nur, wenn die Lehrkraft das freiwillig anbietet.
- Und nur, wenn Einverständniserklärungen aller Eltern bzw. aller volljährigen Schüler*innen vorliegen.
- Trotz dieser Einverständniserklärungen dürfen nur Tafel und Lehrkraft gezeigt werden.
- Schülerinnen und Schüler sollten sich nicht im Erfassungsbereich der Kamera aufhalten. (Wie verträgt sich das mit Videokonferenzen, sind die damit en passant verboten?)
- Nachnamen und Verbalbenotungen sind zu vermeiden.
- Wenn zusätzliche Kosten entstehen, ist die Zustimmung des Schulträgers einzuholen.

Rechtlich ist das alles korrekt. Den Bedürfnissen der Schulen und der Schüler*innen trägt es nicht Rechnung. Die Schulen sind offenbar viel weiter als die Ministerin und ihre Partei.

Antrag von SPD und SSW (Drucksache 19/3629)

Beschulung von Schülerinnen und Schülern in Corona-bedingter Isolation, Quarantäne oder Beurlaubung

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03600/drucksache-19-03629.pdf>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 23. Februar 2022

Das Corona-Management der Bildungsministerin hinkt den Entwicklungen hinterher

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-23-12-14-43-50c7/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Berufliche Bildung – das jamaikanische Stiefkind

Das Ministerium stellte Anfang Januar einen „Bildung in Schleswig-Holstein im Spiegel der nationalen Berichterstattung“ vor, in dem bundesweite Daten auf Schleswig-Holstein heruntergebrochen wurden. Der Bildungsbericht wurde vom Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF) erstellt.

Was dabei viel zu kurz kam, war der Blick auf die Beruflichen Schulen. Der gesamte Bericht war ausschließlich aus der Perspektive der allgemein bildenden Schulen gehalten, auch wo es um die Berufsorientierung ging. Das passt – leider – zu der Politik der Jamaika-Koalition, einen Keil zwischen die allgemein und die berufsbildenden Schulen zu treiben.

Wir haben das gemeinsam mit dem SSW in einem Antrag thematisiert. Beide Parteien forderten auch, die Beruflichen Schulen in die Schulentwicklungsplanung einzubeziehen.

Kirsten Eickhoff-Weber warf der Regierung vor, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB), das noch von SPD-Bildungsministerin Britta Ernst auf den Weg gebracht worden war, nicht annähernd das leisten kann, was das entsprechende Hamburger Institut (HIBB) zu leisten vermag.

Eine Schulentwicklungsplanung kann nur erfolgreich sein, wenn dazu alle Beteiligten – und das sind in der Beruflichen Bildung eben auch die ausbildende Wirtschaft und die Gewerkschaften – an einen Tisch geholt werden. Das hatte die CDU noch 2016 unterstützt, das aber inzwischen völlig vergessen.

Bericht Bildung in Schleswig-Holstein

http://www.pedocs.de/frontdoor.php?source_opus=23761&la=de

Antrag von SPD und SSW (Drucksache 19/3637)

Gleichstellung der allgemeinen und der beruflichen Bildung auch in der Berichterstattung

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03600/drucksache-19-03637.pdf>

Antrag von SPD und SSW (Drucksache 19/3636)

Die landesweite Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen braucht den Dialog mit allen Beteiligten

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03600/drucksache-19-03636.pdf>

Landtagsrede von Kirsten Eickhoff-Weber vom 25. Februar 2022

Wir wollen der Beruflichen Bildung den Stellenwert einräumen, den sie verdient!

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-25-11-16-09-1be0/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Historisches Museum für Schleswig-Holstein?

Seit Jahren oder vielmehr Jahrzehnten wird über ein „Haus der Landesgeschichte“ diskutiert. Eigentlich hätte jeder gern ein Historisches Museum in Kiel oder Schleswig, in das man hineingehen und in dem man sich reale Exponate ansehen kann. Dagegen sprechen die Investitions- und Betriebskosten und die langen Wege für die meisten Interessenten, soweit sie nicht gerade am Standort leben.

Also steht die zweitbeste Option zur Debatte: ein virtuelles „Haus der Geschichte“. Das kostet weniger – so wird jedenfalls behauptet – und ist von überall her ohne Aufwand zu erreichen. Dazu hat das Kulturministerium dem Bildungsausschuss kürzlich ein Konzept vorgestellt, wobei die Landesbibliothek Träger eines solchen virtuellen Hauses sein soll. Klar wurde sehr schnell, dass auch diese Lösung viel Geld kosten würde.

Martin Habersaat nahm als kulturpolitischer Sprecher dazu Stellung. Er geht davon aus, dass ein Digitales Haus der Landesgeschichte nicht viel weniger kosten würde als ein reales; ob Museumsdirektion oder wissenschaftliche Redaktion – ohne qualifizierte Mitarbeiter*innen geht es nicht. Die Institute, Archive und Museen, die ihre Bestände digitalisieren, können dem Haus der Landesgeschichte nicht zum Nulltarif zuarbeiten. Das Digitale Haus der Landesgeschichte muss mehr sein als nur ein zusätzliches Angebot für den Geschichtsunterricht in der Schule.

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 10. Februar 2022

Ein Digitales Haus der Landesgeschichte darf kein Sparmodell sein

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-10-15-57-19-667c/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 09. Februar 2022

Eltern und Schüler*innen werden laut

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-09-13-22-04-78ed/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 23. Februar 2022

Das Corona-Management der Bildungsministerin hinkt den Entwicklungen hinterher

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-23-12-14-43-50c7/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede zu Protokoll gegeben von Kai Vogel vom 25. Februar 2022 **Schleswig-Holsteins Jugendliche profitieren von internationalen Schulpartnerschaften**

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-25-11-08-12-1b36/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 23. Februar 2022 **Jamaika fehlt eine klare Strategie mit klaren Schwerpunkten**

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-23-17-46-42-6a62/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Berufliche Bildung

Pressemitteilung von Kirsten Eickhoff-Weber und Martin Habersaat vom 01. Februar 2022:

Leitlinien für eine Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-01-10-23-39-5cc8/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Thomas Hölck vom 17. Februar 2022
Eine Lösung scheint machbar

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-17-17-05-34-199b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Kirsten Eickhoff-Weber vom 25. Februar 2022
Wir wollen der Beruflichen Bildung den Stellenwert einräumen, den sie verdient!

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-25-11-16-09-1be0/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Kultur

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 07. Februar 2022

Viel zu tun beim Denkmalschutz

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-07-13-36-01-3556/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 10. Februar 2022

Ein Digitales Haus der Landesgeschichte darf kein Sparmodell sein

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-10-15-57-19-667c/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 01. Februar 2022

Null Toleranz für Neonazis!

<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2022-02-01-10-13-37-5bf4/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 21. Februar 2022

Rechte Bedrohungen werden immer hemmungsloser

<https://www.spd-fraktion-sh.de/2022/02/21/rechte-bedrohungen-werden-immer-hemmungsloser/>

Unsere Arbeitskreis-Mitglieder



[Martin Habersaat](#)

Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften



[Prof. Dr. Heiner Dunckel](#)

Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung



[Kirsten Eickhoff-Weber](#)

Sprecherin für Berufliche Bildung



[Bernd Heinemann](#)

Sprecher für Niederdeutsch



[Tobias von Pein](#)

Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus



[Kai Vogel](#)

Sprecher für Schulpolitik

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de